



Nr. 34

Berlin, 27. August 2008

Inhalt:

dbb zu „BILD“-Kampagne gegen Pensionäre –
Heesen: „Der Beamtenstatus ist attraktiv, belastbar
und kostengünstig“+++
dbb kritisiert Abwerbungspraxis im Beamtenbereich –
Stöhr: Das geht zu Lasten der Gesellschaft+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb hamburg sieht Teilerfolg: Einmalzahlung zum
1. November 2008+++
dbb in Thüringen sieht keine „Verbeamtungswelle
ohnegleichen“+++
DPVKOM: Streichungen bei Telekom-Call-Centern unsozial und
kundenfeindlich+++
GDL droht Deutscher Bahn mit Klage+++
VBE zum Bildungsgipfel: Konkrete Beschlüsse nötig+++
Philologenverband: Bildungsreformen beginnen zu greifen+++

Namen und Nachrichten +++

AKTUELL
INFORMATIONSDIENST DES DBB

dbb zu „BILD“-Kampagne gegen Pensionäre – Heesen: „Der Beamtenstatus ist attraktiv, belastbar und kostengünstig“

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen hat die jüngsten Versuche der „BILD“-Zeitung (zuletzt in der Ausgabe vom 26. August 2008), den Beamtenstatus als teuer, antiquiert und unflexibel zu diskriminieren, zurückgewiesen. Heesen: „Die Absicht liegt doch auf der Hand. Mit fragwürdigen Kronzeugen und unhaltbaren Rechentricks wird hier versucht, einen bewährten Grundpfeiler unseres Staates zu beschädigen.“ Statt eine Kampagne zur Abschaffung des Beamtenstatus zu fahren, sollte man sich lieber mit der Realität auseinandersetzen, sagte Heesen: „Warum beispielsweise will denn Berlin wieder Lehrer verbeamten? Weil der Senat eingesehen hat, dass gerade im föderalen Wettbewerb der Beamtenstatus ein Pfund ist. Er ist angesichts der Arbeitsmarktsituation für die Kolleginnen und Kollegen attraktiv und sichert den Arbeitgebern gleichzeitig streikfreie Räume und belastbare Dienstverhältnisse. Und das alles vergleichsweise kostengünstig.“

Die Rechenbeispiele der Boulevardpresse zu den Versorgungskosten gingen zudem jeweils von den Versorgungshöchstsätzen aus, prognostizierten langfristig jährliche Besoldungszuwächse von 1,8 Prozent, rechneten kurzerhand alle Beihilfeaufwendungen in die Versorgung ein und schlugen die Soldaten – deren Anwartschaften über zwei Drittel der Gesamtsumme ausmachen – den Beamten zu. Heesen: „Alles zum Wohle der großen Zahl und Schlagzeile.

In wenigen Wochen erwarten wir den neuen Versorgungsbericht der Bundesregierung mit deutlich günstigeren Prognosen, die die Absenkung des Versorgungshöchstsatzes, die bereits gebildeten Versorgungsfonds und –rücklagen sowie die bescheidene Besoldungsentwicklung der letzten Jahre berücksichtigen. Spätestens dann ist die Luft raus aus dieser kurzsichtigen und dümmlichen Kampagne.“
(01/34/08)

dbb kritisiert Abwerbungspraxis im Beamtenbereich – Stöhr: Das geht zu Lasten der Gesellschaft

(dbb) Der zweite Vorsitzende des dbb Frank Stöhr hat in einem Interview mit RBB Inforadio (22. August 2008) die Abwerbeversuche einiger Bundesländer im Beamtenbereich als problematisch bezeichnet. Anlass zur Kritik gaben unter anderem die Vorstöße der Berliner Polizei und des hessischen Kultusministeriums, die zuletzt mit besseren Stellenangeboten um Beamte aus anderen Bundesländern geworben hatten.

„Mobilität im öffentlichen Dienst ist aus Sicht der einzelnen Beamten durchaus positiv zu sehen“, sagte Stöhr. Jedoch warnte er vor einem massiven Personalwettbewerb zwischen den Bundesländern. „Die Bürger haben überall in Deutschland Anspruch auf einen leistungsstarken und qualifizierten öffentlichen Dienst. Es darf nicht sein, dass sich wirtschaftlich stärkere Länder auf Kosten schwächerer Länder einen Vorsprung in Bildung und Sicherheit verschaffen.“

Berufschancen geboten würden, sagte Stöhr. „Aus gesellschaftlicher Sicht ist es jedoch höchst problematisch, wenn sich der föderale Wettbewerb um Personal weiter zuspitzt.“ Dies gelte insbesondere, wenn es sich um sensible Bereiche wie Bildung und innere Sicherheit handele. Stöhr: „Wir setzen uns weiterhin für gleichwertige Arbeits- und Einkommensbedingungen in allen Bundesländern ein, damit der öffentliche Dienst überall in Deutschland attraktiv bleibt.“
(02/34/08)

Es sei durchaus verständlich, wenn einzelne Beamte dorthin wechselten, wo ihnen bessere



Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb hamburg sieht Teilerfolg: Einmalzahlung zum 1. November 2008

(dbb) Als einen Teilerfolg hat der dbb hamburg den Beschluss des Hamburger Senats vom 26. August 2008 gewertet, Beamtinnen und Beamten zum 1. November 2008 eine Einmalzahlung von 400 Euro zu gewähren. Anwärterinnen und Anwärter erhalten 200 Euro, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger bekommen den Betrag entsprechend ihrer individuellen Ruhegehaltssätze.

Landeschef Rudolf Klüver sprach von „einem Tropfen auf den heißen Stein“. Die Einmalzahlung sei grundsätzlich zu begrüßen, aber „nicht annähernd ausreichend“. Der dbb hamburg hatte für 2008 eine zusätzliche lineare Besol-

dungserhöhung von einem Prozent sowie eine Einmalzahlung von 600 Euro gefordert, um Nachteile der Beamtenschaft gegenüber dem Tarifbereich auszugleichen.
(03/34/08)

dbb in Thüringen sieht keine „Verbeamtungswelle ohnegleichen“

(dbb) Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen sieht keinesfalls eine „Verbeamtungswelle ohnegleichen“ in dem Freistaat. Vielmehr handele die CDU-Landesregierung aus Sicht des tbb in dieser Frage „maßvoll und mit Weitblick“. Der Landesbund des dbb widersprach damit am 25. August 2008 dem finanzpolitischen Sprecher der SPD, Werner Pidde, der von einer „Verbeamtungswelle ohnegleichen“ gesprochen hatte.

„Im Vergleich zu den alten Bundesländern ist der Anteil der verbeamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Freistaat Thüringen deutlich geringer“, sagte Helmut Liebermann, Vorsitzender des tbb. Die Angleichung Ost an West hinsichtlich des Status der Beschäftigten sei bisher nicht erreicht.

Piddes Formulierung „riesige Kostenlawine“ bezeichnete Liebermann als übertrieben. Künftig anfallende Mehrausgaben müssten immer auch den zu erwartenden Mehreinnahmen

gegenübergestellt werden. „Eine Berechnung der zu erwartenden Pensionslasten in Prozent des Haushalts wäre ehrlicher. Damit würde deutlich, dass dieser rechnerische Kostenfaktor auch 2020 in Thüringen erheblich geringer ausfallen wird als in den alten Bundesländern“, sagte Liebermann. Er fügte hinzu, dem Anliegen Piddes, eine kapitalgedeckte Finanzierung der künftigen Pensionen auch in Thüringen einzuführen, stehe der tbb sehr aufgeschlossen gegenüber.
(04/34/08)

DPVKOM: Streichungen bei Telekom-Call-Centern unsozial und kundenfeindlich

(dbb) Die am 21. August 2008 von der Deutschen Telekom vorgestellten Pläne zur Schließung von 57 ihrer insgesamt 81 Call-Center sind von der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) als „unsozial und kundenfeindlich“ bezeichnet worden. „Rund 8.000 Mitarbeiter werden von diesem Kahlschlag betroffen sein“, sagte Volker Geyer, Vorsitzender der DPVKOM. Nicht zuletzt verabschiede sich das Unternehmen damit von seiner Zielstellung, zu einem der bestangesehenen Serviceunternehmer der Branche zu werden.

Die derzeitige Personalpolitik der Deutschen Telekom richte sich gegen die Beschäftigten. So werde beispielsweise einer alleinerziehenden Mutter, die im Call-Center Schwerin teil-

zeitbeschäftigt ist, ein Alternativarbeitsplatz in Hamburg angeboten, den sie aber wegen des deutlich längeren Anfahrtsweges nicht annehmen könne. „Diesen kann sie sich nämlich

angesichts der ständig steigenden Benzinkosten schlichtweg nicht mehr leisten“, sagte Geyer. „Vor diesem Hintergrund ist die Ankündigung des Unternehmens, den von einer Standortschließung betroffenen Call-Centern-Mitarbeitern gleichwertige Arbeitsplätze anzubieten, nichts wert.“

Die DPVKOM fordere die Deutsche Telekom auf, die Pläne zurückzuziehen und mit den Tarifpartnern Möglichkeiten zu erörtern, wie die Arbeit der unternehmenseigenen Call-Center effizienter gestaltet werden kann, so Geyer.
(05/34/08)

GDL droht Deutscher Bahn mit Klage

(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat der Deutschen Bahn Lohndumping vorgeworfen und mit Klage gedroht.

Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ (Ausgabe vom 23. August 2008) berichtet, die GDL werfe der DB vor, den Tarifvertrag für Zuglenker durch Lohndumping, Knebelverträge und Zeitarbeit zu unterlaufen. „Wie werden die Bahn verklagen“, zitiert das Blatt GDL-Vizechef Sven Grünwoldt.

Der Konzern wolle bis zu 1.000 neue Lokführer entgegen früherer Zusagen zu Niedriglöhnen

und als Zeitarbeiter einstellen. „Das werden wir nicht dulden“, sagte der GDL-Vize. Nach Angaben der GDL verdient ein Lokführer als Zeitarbeiter nur 7,50 Euro Grundlohn pro Stunde, mit allen Zulagen kämen zwölf Euro zusammen. Das seien fünf Euro – und damit fast ein Drittel – weniger als der Einstiegslohn im Lokführertarifvertrag, den die Gewerkschaft in einem langen Tarifstreit erkämpft habe.
(06/34/08)

VBE zum Bildungsgipfel: Konkrete Beschlüsse nötig

(dbb) Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) hat mit Blick auf die ersten Stationen der aktuellen Bildungsreise der Bundeskanzlerin seine Forderung bekräftigt, vom Bildungsgipfel im Oktober müsse ein klares Signal ausgehen, „wie Bund und Länder im Geiste des kooperativen Föderalismus den Bildungsstandort Deutschland voranbringen wollen“.

„Durch ständige Scharmützel zwischen Bund und Ländern um Zuständigkeiten in der Bildung lässt sich eine Bildungsrepublik Deutschland nicht gestalten“, sagte VBE-Bundesvorsitzender Ludwig Eckinger am 26. August 2008. „Bund und Länder müssen sich endlich auf eine nationale Bildungsstrategie einigen, um mit vereinten Kräften den gesamten Bildungsbereich vom Kindergarten bis zur Hochschule finanziell und inhaltlich zu pushen. Soziale Benachteiligungen müssen von Anfang an aufgefangen werden können.“

„Zweitens muss auf den Tisch des Bildungsgipfels das Thema Bildungsinvestition“, sagte Eckinger weiter. Der Investitionsbegriff müsse zugunsten von Bildung modernisiert werden. „Drittens stehen die Ministerpräsidenten in der Pflicht, endlich dafür zu sorgen, dass die durch Schülerrückgang frei werdenden Mittel im Bildungssystem verbleiben“, so der VBE-Bundesvorsitzende.
(07/34/08)

Philologenverband: Bildungsreformen beginnen zu greifen

(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPHV) hat Fortschritte in der Bildungspolitik begrüßt, die das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) im Bildungsmonitor 2008 konstatiert hatte. DPHV-Bundesvorsitzender Heinz-Peter Meidinger sagte am 26. August 2008 in Berlin, tatsächlich habe es in den vergangenen zehn Jahren „aner kennenswerte Anstren-

gungen einiger Bundesländer im Schul- und Hochschulbereich gegeben, die sich nun auszahlen beginnen“.

„Insbesondere die hohen Klassenstärken an Gymnasien und Realschulen und der sich noch weiter verstärkende Lehrermangel in den naturwissenschaftlichen Fächern sind Schwachstellen im Schulbereich, die wir uns dauerhaft nicht leisten können und dürfen“, so Meidinger. Er forderte alle Landesregierungen auf, ähnlich wie Bayern und Baden-Württemberg endlich Maßnahmen zum dauerhaften Abbau übervoller Klassen einzuleiten, auch wenn dies nicht kostenneutral zu haben sein werde. „Die Nutznießer werden aber alle sein, Eltern, Schüler und Lehrer“, sagte er.

Der DPhV-Vorsitzende wies allerdings darauf hin, dass es sich beim Bildungsmonitor nicht um ein empirisch objektives Messinstrument handele, sondern dass darin vor allem der Grad der Übereinstimmung bewertet werde, den die Bildungspolitik einzelner Länder mit den Forderungen der Arbeitgeberverbände aufweise. Das könne im Einzelfall durchaus problematisch sein, wenn z. B. die Kürzung von Schulzeiten oder die Umstellung auf Bachelor-Studiengänge als Maßstab für Qualitätsverbesserungen im Bildungsbereich genommen werde.

(08/34/08)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der dbb hamburg hat umgehende konkrete Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten in den Hamburger Behörden angemahnt. Zurzeit laufe eine Abfrage und Gefährdungsbeurteilung für alle Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Allerdings sei mit ersten Ergebnissen erst im Herbst 2008 zu rechnen. „Hier geht zu viel Zeit ins Land“, sagte dbb Landeschef **Rudolf Klüver** am 21. August 2008. Beschimpfungen und Bedrohungen seien an der Tagesordnung. Angesichts „blindwütiger Attacken“ gegen die Mitarbeiter schlage der dbb hamburg eine flächendeckende Installation von Sicherheitsdiensten in den Dienststellen mit Publikumsverkehr vor.

Der Vorsitzende des dbb Hessen, **Walter Spieß**, hat sich mit der Forderung nach Erhöhung der Wegstreckenentschädigung für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes an die Abgeordneten des hessischen Landtags gewandt und das Landesparlament zugleich dazu aufgefordert, sich der Initiative von Bayern und Schleswig-Holstein im Bundesrat für eine bundesweite Rückkehr zur alten Pendlerpauschale anzuschließen. „Aus Sicht des dbb Hessen ist es nicht hinnehmbar, dass die Beschäftigten mit Kosten belastet werden, die dienstlich verursacht und damit dem Dienstherrn zuzurechnen sind“, sagte Spieß am 20. August 2008 in Frankfurt am Main.

Als Erfolg haben dbb Gewerkschaften die Verjüngung der Berliner Justiz gewertet. Der **dbb berlin** teilte am 26. August 2008 mit, insgesamt seien in diesem Jahr 77 Justizoberwachmeisteranwärterinnen und –anwärter sowie 58 Auszubildende für den Ausbildungsberuf der Justizfachangestellten und 41 Rechtspflegeranwärterinnen und –anwärter eingestellt worden. „Damit haben sich Deutsche Justiz-Gewerkschaft – DJG-Berlin – und Bund Deutscher Rechtspfleger/innen – BDR-Berlin - im dbb berlin durchgesetzt, die 2007 mit mehreren Aktionen die Wiederaufnahme der Ausbildung für die Justizberufe forderten“, hieß es. Um den Personalbedarf in den nächsten Jahren decken zu können, müssten die Einstellungskampagnen kontinuierlich fortgesetzt werden.

Auf heftige Kritik ist die Kampagne der „BILD“-Zeitung über vermeintlich überhöhte Pensionen auch beim Seniorenverband **BRH** gestoßen. Im Informationsdienst „BRH aktuell“ (Ausgabe vom 20. August 2008) heißt es: „Was übersehen wird: Die große Mehrheit der heutigen Pensionäre gehörte dem einfachen und mittleren Dienst an und erhält bescheidene Pensionen. Das gilt erst recht für die Witwen, die überwiegend nicht berufstätig waren und sich ganz der Familie gewidmet haben.“

Zudem sei die erforderliche private Krankenversicherung gerade für Pensionäre unverhältnismäßig teuer, weil jede Beitragsanpassung bei ihnen wegen ihres fortgeschrittenen Alters besonders hoch ausfällt.

Die **dbb tarifuion** hat am 26. August 2008 ein aktuelles Flugblatt zum Aktionsbündnis Rettung der Krankenhäuser herausgegeben, in dem sich der dbb mit anderen Gewerkschaften und Verbänden zusammengeschlossen hat.

Unter der Überschrift „Krankenhäuser funken SOS! Großdemo am 25. September 2008 in Berlin“ heißt es: „Gute Pflege kostet! Der Budget-Deckel muss weg! Dafür wollen wir demonstrieren.“ Die Demonstranten sind zu einem Sternmarsch auf das Brandenburger Tor aufgefordert. Das Flugblatt wird per Post versandt. (09/34/08)